



PROTOKOLL

DER 7. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2013,

8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

<u>Datum, Zeit, Ort</u>	Donnerstag, 12. Dezember 2013 Schloss Charlottenfels, Neuhausen am Rheinfall um 18.30 Uhr jährliche Berichterstattung Marcel Stettler, Geschäftsführer Ortsmarketing	19.00 – 20.45 Uhr
<u>Präsenz</u>	18 Einwohnerräte (ER) Gemeindepräsident (GP) 4 Gemeinderäte (GR) Gemeindeschreiberin Aktuarin	
<u>Vorsitz</u>	ER-Präsident Urs Hinnen (ÖBS)	
<u>Entschuldigt</u>	- Walter Herrmann (FDP) - Thomas Theiler (CVP)	
<u>Protokoll</u>	Das Protokoll der 6. Sitzung vom 14. November 2013 hat im Ratsbüro zirkuliert und ein paar kleine Änderungen sind eingefügt worden. Es liegen sonst keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.	
<u>Mitteilungen</u>	Keine	
<u>Neueingänge</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Beantwortung der kleinen Anfrage von Thomas Theiler (CVP): Neugestaltung Zelgstrasse - Beantwortung der kleine Anfrage von Arnold Isliker (SVP): Knoten Rheinhof - Beantwortung der kleine Anfrage von Renzo Louidice (SP): Steuerausfälle bei Annahme der „Familieninitiative“ - Postulat von Walter Herrmann (FDP): Der Gemeinderat wird verpflichtet, dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag zu einer angemessenen Reduktion der Gemeindebeihilfe vorzulegen. - Kleine Anfrage von Willi Josel (SVP): Details zur familienergänzenden Kinderbetreuung (Kinderkrippen). - Beantwortung der kleinen Anfrage von Jakob Walter (parteilos) betreffend Abstimmungsbroschüren. 	
<u>Traktandenliste</u>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2014 bis 2017 2. Bericht und Antrag betreffend Bauabrechnung des Projekts „Attraktivierung und Beruhigung Ortszentrum 3. Bericht und Antrag betreffend Pensenerhöhung Berufsbeistandschaft 4. Gewährung Kaufrecht für GB 571 5. Interpellation Lenz Furrer (ÖBS): Erhalt von schützenswerten Hecken 6. Bericht und Antrag betreffend Mobilfunkantennen (Fristerstreckung) 	



7. Bericht und Antrag betreffend Verbesserung der Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer (Fristerstreckung)
8. Bericht und Antrag betreffend Massnahmenplan zur Umsetzung der kantonalen „Leitlinien Frühe Förderung“ in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall (Fristerstreckung)
9. Wahlen
 - a) der Präsidentin/des Präsidenten für das Jahr 2014
 - b) Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Einwohnerrates für das Jahr 2014

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Trotz der schönen Lokalitäten muss ich Ihnen leider eine schlechte Botschaft übermitteln oder vielleicht auch eine Gute. Der Gemeinderat beantragt Ihnen das Traktandum 1: Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2014 bis 2017 sowie das Traktandum 4: Gewährung Kaufrecht für GB 571 von der Traktandenliste zu nehmen. Sie haben unschwer erkannt, dass Sie erst heute Abend resp. noch gar nicht Unterlagen erhalten haben. Die Ausarbeitung des Finanzplanes gestaltete sich nicht ganz einfach dieses Jahr und zudem hat die Zentralverwaltung unter einem Berg von unerwarteter Arbeit gelitten und musste auch gewisse personelle Engpässe verkraften, krankheitsbedingt, so dass wir Ihnen erst heute Abend die definitive Fassung auf den Tisch legen konnten. Solch ein Geschäft kann natürlich nicht als Tischvorlage behandelt werden, das wäre nicht seriös. Damit Sie aber dennoch wissen, anlässlich der Silvesterfeier, wohin wir in den nächsten Jahren steuern, haben wir es Ihnen zur Verfügung gestellt und wir werden es in Absprache mit dem neuen Einwohnerratspräsidenten für die erste Sitzung im Januar 2014 traktandieren.

Bezüglich Kaufrecht GB 571: Das ist das Grundstück am „Chilestieg“ parallel zum Grundstück des Migrosgebäudes. Dort sind Veränderungen im Gang. Der Projektentwickler hat sich relativ kurzfristig entschieden die Gemeinde zu bitten, diesen Antrag auf die heutige Traktandenliste zu nehmen und auch die entsprechenden Verträge und Unterlagen ausarbeiten. Trotz eines intensiven Einsatzes eines Mitarbeiters und mir ist es uns einfach nicht mehr geglückt, das in der erforderlichen Sorgfalt aufzuarbeiten und Ihnen zu unterbreiten. Der Projektentwickler hat das etwas knurrend zur Kenntnis genommen. Es liegt nicht am Einwohnerrat sondern es liegt einfach an der Kurzfristigkeit dieses Geschäftes. Auch hier wollten wir Sie nicht mit einer Tischvorlage überfallen. An sich ist es jetzt fertig, aber wir können es erst im Januar 2014 behandeln. Ich bitte auch hierfür für Verständnis. Ich bitte Sie, den gestellten Anträgen zu folgen und die beiden Vorlagen von der Traktandenliste zu streichen.

ER-Präsident Urs Hinnen (ÖBS)

Wir stimmen somit ab. Wer ist dafür, diese beiden Geschäfte von der Traktandenliste zu streichen, möge bitte die Hand erheben.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Diese beiden Geschäfte werden somit von der heutigen Traktandenliste gestrichen.



Traktandenliste neu

1. *Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2014 bis 2017 (wird verschoben)*
2. Bericht und Antrag betreffend Bauabrechnung des Projekts „Attraktivierung und Beruhigung Ortszentrum
3. Bericht und Antrag betreffend Pensenerhöhung Berufsbeistandschaft
4. *Gewährung Kaufrecht für GB 571 (wird verschoben)*
5. Interpellation Lenz Furrer (ÖBS): Erhalt von schützenswerten Hecken
6. Bericht und Antrag betreffend Mobilfunkantennen (Fristerstreckung)
7. Bericht und Antrag betreffend Verbesserung der Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer (Fristerstreckung)
8. Bericht und Antrag betreffend Massnahmenplan zur Umsetzung der kantonalen „Leitlinien Frühe Förderung“ in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall (Fristerstreckung)
9. Wahlen
 - a) der Präsidentin/des Präsidenten für das Jahr 2014
 - b) Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Einwohnerrates für das Jahr 2014

Die Traktandenliste neu wird genehmigt.

**Pendente Geschäfte:**

Vorstösse:	Text:	Eingang:	Behandlung ER:	Fristerstreckung:
Volksmotion	Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk		08.12.2005 Volksmotion als erheblich erklärt. 16.08.2007 10.12.2009 08.12.2011	1. Fristerstreckung bis 31.12.2009 2. Fristerstreckung bis 31.12.2011 3. Fristerstreckung bis 31.12.2013 4. Fristerstreckung bis 31.12.2015
Motion	Urs Hinnen (ÖBS): Teilrevision der Gemeindeverfassung betreffend die Mitglieder-Zusammensetzung der Bürgerkommission	27.02.2012	03.05.2012 02.05.2013 als erheblich erklärt.	
Postulat	Ruedi Meier (SP): Massnahmenplan zur Umsetzung der kantonalen „Leitlinien Frühe Förderung“ in der Gemeinde Neuhausen	15.10.2012	13.12.2012 als erheblich erklärt.	Fristerstreckung bis 31.12.2014
Postulat	Felix Tenger (FDP): Verbesserung der Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer	16.11.2012	13.12.2012 als erheblich erklärt.	
Postulat	Walter Herrmann (FDP): Der Gemeinderat wird verpflichtet, dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag zu einer angemessenen Reduktion der Gemeindebeihilfe vorzulegen.	15.11.2013	<i>Wird infolge Abwesenheit von Walter Herrmann für die Sitzung vom 23.01.2014 traktandiert.</i>	

Pro memoria:

Kleine Anfrage	Thomas Theiler (CVP): Neugestaltung Zelgstrasse	04.11.2013
Kleine Anfrage	Arnold Isliker (SVP): Knoten Rheinhof	06.11.2013
Kleine Anfrage	Renzo Louidice (SP): Steuerausfälle bei Annahme der „Familieninitiative“	07.11.2013
Kleine Anfrage	Jakob Walter (SP): Abstimmungsbroschüren	14.11.2013
Kleine Anfrage	Willi Josel (SVP): Details zur familienergänzenden Kinderbetreuung (Kinderkrippen)	18.11.2013

Pendente Geschäfte in nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen:

Geschäft	Datiert:	Behandlung ER / Status:
-	-	-

ER-Präsident Urs Hinnen (ÖBS)

Ich begrüsse Sie zur 7. und gleichzeitig letzten Einwohnerratssitzung in diesem Jahr in einem speziellen Raum im Schloss Charlottenfels.



TRAKTANDUM 1 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2014 bis 2017

Wird von der Traktandenliste gestrichen und auf die nächste Sitzung im Januar 2014 verschoben.



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend Bauabrechnung des Projekts „Attraktivierung und Beruhigung Ortszentrum

Eintretensdebatte:

ER August Hafner (SP)

Es liegen zu diesem Geschäft zwei Berichte und Anträge vor. Der eine kommt vom Gemeinderat vom 15. Oktober 2013 und die Stellungnahme bzw. der Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 16. Oktober 2013. Beide Gremien empfehlen Ihnen diese Bauabrechnung abzunehmen und dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Was es zu diesem Geschäft zu sagen gibt, können Sie den schriftlichen Unterlagen entnehmen. Ich bitte Sie, dem Geschäft zuzustimmen. Die SP-Fraktion wird das tun.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Die Fraktion der CVP hat die Bauabrechnung über die Attraktivierung und Beruhigung des Ortszentrums durchgeschaut und kann dieser zustimmen. Positiv wurde bewertet, dass nicht alles verfügbare Geld verbaut wurde und darum der bewilligte Kredit unterschrieben wurde.

Mehr zu reden gab das Ergebnis über die Attraktivierung und Beruhigung des Ortszentrums. Gut gefällt allen die Strasse entlang von KB und Migros, die Industriestrasse und die Endstation Bushaltestelle sind so, naja. Zum Glück konnte mit grossen Blumentöpfen die Situation beim Chübelimoser Haus entschärft werden. Die Einfahrt via Ochsenplatz in die Industriestrasse gibt kaum zu erkennen, dass ich in eine 30-Zone einfahre. Die Strasse wird viel zu schnell befahren. Interessant ist auch die Beschilderung, wenn sie ins Zentrum einfahren. Ich muss nicht wissen, dass ich in eine Gebührenzone einfahre, solche Tafeln stehen bei allen Parkfeldern, aber wie wäre es mit der Tafel „Willkommen in der freundlichen Zone“? Nach wie vor stellen die beiden Bushaltestellen Gemeindehaus/Bahnhofstrasse ein gewisses Gefährpotential dar. Nichts mit Verkehrsberuhigung. Die stehenden Busse werden wohl meist mit mehr als 30 Stundenkilometer von den Autos überholt. Gefährliche Situationen entstehen. Auch Velofahrer überholen die stehenden Busse, zum Teil trotz Gegenverkehr. Die alte Situation vor dem Gemeindehaus/Post/Einfahrt Platz für Alli/Fussgängerstreifen war deutlich beruhigender als die jetzige. Viele in diesem Raum, welche an einem Freitag vor dem Gemeindehaus gestanden haben, haben solche Situationen selber gesehen. Die CVP ist für Eintreten und wird dem Antrag zustimmen.

ER Arnold Isliker (SVP)

Auch wir haben uns erfreulicherweise mit der Abrechnung der Ortsattraktivierung befasst und festgestellt – im Gegensatz zu Dir, Rita Flück Hänzi – dass es nicht so ist, dass nicht alles Geld verbaut wurde. Was mich noch wundern würde, wo der Minderbetrag enthalten ist, weil z.T. minderwertige Belagsarbeiten ausgeführt wurden. Ich habe gehört, dass anstatt diese Beläge zu ersetzen, eine Kostengutschrift an die Gemeinde erstellt wurde. Es ist weiterhin erfreulich, dass diese Bauabrechnung so schnell auf dem Tisch liegt. Das eine, was noch ist, ist das Gemeindewiesenschulhaus. Ich hoffe, dass das uns nächstes Jahr auch noch vorgelegt werden kann, damit wir endlich wissen, wie das abschliesst. Auch wir von der SVP-Fraktion sind für Eintreten.



ER Felix Tenger (FDP)

Auch die FDP ist für Eintreten und wird diesem Antrag ebenfalls zustimmen. Es ist natürlich erfreulich, dass die Abrechnung qualitativ gut ausgefallen ist, bis auf die Teuerung, die dazugekommen ist. Man kann deutlich sagen, es ist eine schwarze Null herausgekommen, wenn man die Teuerung einrechnet, dann hat man sogar noch ein gewisses Minusresultat erzielen können. Das ist sicherlich mal erfreulich. Qualitativ finde ich, dass die Gestaltung gelungen ist. Genau eigentlich unverändert gut das Feedback der Bevölkerung. Ich denke, es ist einladender geworden, wenn man es mit vorher vergleicht. Es hat wirklich an Attraktivität gewonnen. Das kann man so sagen. Was natürlich nach wie vor das Problem ist, was dann hinter der Strasse und hinter dem Trottoir kommt. Die leerstehenden Läden, dafür ist aber sicherlich nicht die Gemeinde verantwortlich. Da kann die Gemeinde auch nichts machen. Sie kann auch nicht noch als Ladenbetreiber tätig werden, sondern das wäre vermutlich auch eine Arbeit des Ortsmarketings, aber es ist mir auch klar, dass es sehr schwierig ist, da einen besseren Mix hinzukriegen. Die Gestaltung finden wir gelungen, es wäre erfreulich, wenn jetzt nach der Gestaltung auch noch der Ladenmix dazukommen würde, dass es dann im Zentrum auch mehr Publikum gibt, nicht nur mit dem Autoverkehr. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch dem Gemeindepräsidenten ein Kränzchen winden, der das Projekt ja mitverantwortet hat und speziell auch dem Baudepartement, das dieses Projekt meiner Ansicht nach sehr gut durchgeführt hat mit dem Resultat wie es jetzt vorliegt.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Auch wir haben uns gefreut, dass die Kosten im Griff sind und eingehalten wurden. Wir begrüssen auch, dass der neue Modus Finanzkontrolle und Geschäftsprüfungskommission neue Entwicklungen anstösst, wie hier auch erwähnt wird.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme dieses Berichts und Antrages. Ich freue mich natürlich, dass die SVP sagt, diese Abrechnung komme rasch. Ich habe eher einen Tadel erwartet. Wir haben diese Strasse 2011 eröffnet. Es wäre mir lieber gewesen, wir hätten diese Abrechnung schneller gehabt, aber es braucht einfach seine Zeit, die Abläufe mussten sich einspielen. Ich hoffe daher, dass wir auch bis Frühling/Sommer die Abrechnung des Gemeindewiesenschulhauses vorliegen haben und Ihnen diese dann auch unterbreiten können. Danke für die Voten der FDP, dass Sie die Attraktivität des Ortszentrums positiv bewerten. Es ist klar, die Leerstände stören uns alle und ich muss Ihnen aber auch sagen, dass mich hat auch die Berichterstattung von mir über das Ortsmarketing gestört hat, weil nämlich meine positiven Aussagen nicht gebracht wurden, es wurden nur die kritischen gebracht. Ich habe nämlich im Interview auch gesagt, dass es das Ortsmarketing zurzeit sehr schwer habe, aufgrund des Euro-Kurses und auch der Konkurrenz aus dem Internet. Da ist wirklich eine Situation vorhanden, in der das Ortsmarketing auch auf Unterstützung angewiesen ist. Wiedergegeben sind im Presseartikel nur die kritischen Worte, zu denen ich aber auch stehe. Gewisse Ermüdungserscheinungen sind möglich. Nach so langer Dauer ist es möglich, dass der Enthusiasmus einiger Mitglieder etwas zurück geht. Das ist völlig normal. Das ist der normale Lauf der Zeit. Ich danke der CVP, dass sie ebenfalls Zustimmung signalisiert hat wie auch die SP. Ich muss aber offen gestanden sagen. Ich bin etwas überrascht, über die Einschätzung dieses Ergebnisses. Ich bin vor allem sehr erstaunt, dass die Industriestrasse nur sosolala sein soll. Das ist bei mir so angekommen. Wer sich daran erinnern kann, wie wir dazu gekommen sind, was für ein aufwendiger Prozess das war, indem wir mit Freiwilligen und Mitgliedern des Einwohnerrates Gruppen gebildet haben. Wir haben auch geprüft, ob man Gegenverkehr zulassen kann oder nicht. Wir haben die Anordnung der Parkplätze intensiv studiert und nicht zuletzt hat man auch die breitere



Strasse etc. geprüft. Das Ergebnis war das, was wir heute haben. Das war nicht ein einsamer Entscheid des Gemeinderates. Das war eine kollektive Entscheidung. Wir wollten auch das Velofahren im Zusammenhang mit den Parkplätzen so sicher machen, dass die Velos nicht behindert werden. Die Einfahrt vom Ochsenplatz her ist für einen aufmerksamen Autofahrer ohne weiteres zu erkennen, dass er sich in einer 30-er Zone befindet. Die Tafeln bezüglich Gebührenpflicht war ein ausdrücklicher Wunsch der Verwaltungspolizei. Das war kein Wunsch des Planungsreferates sondern der Verwaltungspolizei. Ich denke eigentlich, dass wir eine gute Situation haben. Nicht verstanden habe ich die Bemerkung bezüglich Haltestelle. Das sei gefährlicher als früher. Das verstehe ich jetzt überhaupt nicht. Ich sehe kaum ein Auto, das einen stehenden Bus überholt und ich sitze in meinem Büro so, dass ich ab und zu hinausschauen kann. Da sieht man eigentlich nichts, ich bin völlig überrascht, was die CVP hier sagt. Auch von der VBSH habe ich noch nie etwas in diese Richtung gehört. Die Fraktionssprecherin ist ja Mitglied der VBSH-Kommission. Nie wurde dort irgendetwas in dieser Richtung gesagt. Dass gar die alte Situation besser war als die heutige. Diese Aussage kann ich nur noch als mutig bezeichnen. Wenn man weiss, dass es vorher wirklich sehr gefährliche Situationen auf diesem Fussgängerstreifen gegeben hat und dass wir einen Parkplatz aufgeben mussten bei Schulstieg, weil es zu viel zu gefährlichen Situationen kam und dass wir das heute nicht mehr haben, dann verstehe ich eigentlich diese Einschätzung nicht. Ich stelle auch fest, dass die Boulevardcafés eigentlich recht gut besucht sind und dass auch heute in den lauen Sommernächten noch Leute dort sitzen. Wo wir eher Probleme haben, das sind die PS-gesteuerten, die nachts ihre Auspuffe und Autos vorführen müssen z.T. sehr lautstark. Das spricht aber eigentlich nur dafür, dass es interessant ist und dass irgendjemand zuschaut und da ist. Wo wir wirklich ein Problem haben, das ist die äussere Zentralstrasse. Das haben wir in diesem Rat schon oft besprochen. Dort haben wir ein massives Problem. Aber im Bereich der Wildenstrasse/Industriestrasse und innere Zentralstrasse, dort haben wir das Ziel, wie es die Kommission vorgegeben hat, erreicht. Ich muss sagen, wir bekommen auch immer wieder Lob von auswärtigen Leuten für die Gestaltung dieses Bereichs. Wie gesagt, mich überrascht jetzt wirklich die Aussage der CVP. Wir haben bis jetzt nur positive Reaktionen bekommen und wir dürfen wirklich stolz sein, was wir bis jetzt erreicht haben. Schauen Sie vielleicht auch einmal, was andere Ortsberuhigungen kosten und wie es gemacht wird. Ich denke wir haben ein wirklich sehr gutes Resultat bekommen für das Geld und ich bin wirklich sehr froh.

Auch noch zur Klarheit an die SVP. Es gab keine Abgebotsrunde. Es gab tiefe Angebote. Das ist ein ganz wichtiger Unterschied. Ein neu auf den Markt getretenes Strassenbauunternehmen hatte offenbar den Ansporn diesen Auftrag zu bekommen und hat ein gutes Angebot vorgelegt und wir konnten davon profitieren. Ich weiss, dass ER Arnold Isliker immer wieder geltend macht, es seien schlechte Beläge eingebaut worden. Das trifft nicht zu! Wir haben diese Beläge untersuchen lassen. Die sind in Ordnung. Dort wo etwas nicht gut war, gab es Korrekturen und die sind erfolgt zur Zahlung. Ich habe leider kein Konto, auf das ich zurückgreifen könnte. Es wurde alles korrekt gemacht. In diesem Sinne, vielen Dank für das Eintreten.

Keine Detailberatung.

Antrag:

Die Bauabrechnung für das Projekt „Attraktivierung und Beruhigung Ortszentrum“ wird gutgeheissen.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag betreffend Pensenerhöhung Berufsbeistandschaft

Erläuterungen/Bemerkungen:

Gemeinderätin Franziska Brenn

Bei der Berufsbeistandschaft, ehemalige Amtsvormundschaft, handelt es sich nicht um Sozialfälle, sondern um Personen, die aufgrund einer Behinderung, geistigen Schwäche, psychischer Krankheit, bei Kindern Streitigkeiten im Besuchsrecht, Vernachlässigung, Misshandlung etc. eine Unterstützung in Form einer gesetzlichen Massnahme benötigen. Diese Massnahmen werden seit 2013 nicht mehr von der Gemeinde, sondern vom Kanton ausgesprochen.

Sie erinnern sich, an der Novembersitzung 2012 wurde dem Einwohnerrat Bericht und Antrag betreffend Änderungen im Sozialreferat aufgrund der Neuorganisation Vormundschaftswesen vorgestellt. Ein wichtiges Faktum ist, dass die gemeindeeigene Amtsvormundschaft in eine regionale Berufsbeistandschaft umgewandelt wurde mit einer Steigerung des Personenkreises von 10`000 auf 27`500 Bewohnerinnen und Bewohner. Die Prognosen, wie hoch der Arbeitsaufwand ausfallen wird, waren, wie in der Vorlage beschrieben, noch sehr unsicher. Es wurden insgesamt 370 Stellenprozente bewilligt, 30 % Stellenleitung, 230 % Mandatsführung, 60 % Sekretariat und 50 % Buchhaltung. Jetzt nach einem Jahr hat sich nun gezeigt, dass momentan die Pensen bei der Buchhaltung zu wenig und bei der Mandatsführung zu knapp bemessen sind. Einige Gründe habe ich Ihnen in der Vorlage genau dargelegt. Ich betone momentan, der Gemeinderat denkt positiv und hofft, dass sich die Situation der Neumeldungen bis Sommer 2015 einpendeln wird. Deshalb beantragt der Gemeinderat eine befristete Aufstockung bis September 2015. Die neuen Fälle 2013 kamen vor allem von den anderen Gemeinden, welche bislang von privaten Mandatsträgern geführt wurden und nun von der Berufsbeistandschaft betreut werden. Die Kosten werden solidarisch vom gesamten Kreis getragen. Somit konnten die Kosten für die Gemeinde massiv gesenkt werden. Etwas Wichtiges doch noch in der Wiederholung: Eine hohe Belastung in der Betreuung und damit eine hohe Drucksituation ist die Zunahme der Kinderschutzmassnahmen. Hier kann nicht zugewartet werden. Betrug bis 2010 das Verhältnis Erwachsene/Kinder 2/3 zu 1/3, so ist es heute halbe/halbe.

Kinderschutzmassnahmen sind weit aufwändiger und belastender, es muss oft sofort und auf der Stelle gehandelt werden, alles liegen und stehen lassen und man muss sich um den Notfall kümmern. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind momentan am Anschlag und haben im vergangenen Jahr sehr viele Mehrstunden geleistet. Momentan besteht keine Chance diese abzubauen. Es sind ständig neue Fälle in der Warteschlange.

Hier noch einige Vergleichszahlen:

Momentane Belastungssituation Fallführung Neuhausen: Insgesamt 340 % Fallführung auf 196 Mandate. Das macht 1,7 Stellenprozent/Mandat. Neu mit 390 % auf 196 Fälle, das wären 1,98 Stellenprozent /Mandat.

Weinfelden: 550 % auf 264 Mandate = 2.08 % auf 1 Mandat.

Bülach: 200 % auf 75 Mandate = 2.6 Stellenprozent auf 1 Mandat (nur Erwachsene).

Anderer Kreis BB im Kanton = 100 % auf 30 Mandate= 3.33 Stellenprozent pro Mandat.

Sie sehen auch nach der Pensenerhöhung haben wir immer noch einen tiefen Fallschlüssel.

Die provisorische Erhöhung ist im Stellenplan und im Budget enthalten. Ich bitte Sie nun diese harten Fakten zu anerkennen und der befristeten Pensenerhöhung zuzustimmen.

*Eintretensdebatte:*ER Jakob Walter (parteilos)

Wir haben den Antrag studiert und finden ihn plausibel. Wir anerkennen auch, dass zuerst bei dieser neuen Regelung sehr zurückhaltend geplant wurde und das muss natürlich zur Folge haben, dass nachträglich noch korrigiert werden kann. Wenn wir diesem Geschäft zustimmen, dann geschieht das auch, weil wir den Gemeinderat nicht in Versuchung führen möchten, künftig von Anfang an auf Nummer sicher zu budgetieren und planen. Das haben Sie bei der Baukostenabrechnung gesehen, dass man natürlich immer sehr gut da steht, wenn man hohe Zahlen bewilligen lässt und wenn's dann etwas billiger ist, dann hat man von allen einen Beifall. Wenn man realistisch budgetiert, d.h. wenn man in der Hälfte alle Fälle die Baukostenabrechnungen etwas darüber und etwas darunter sind. Aber so macht man es nicht. Wir möchten, dass bei solchen Geschäften nicht gleich wie bei den Baukrediten budgetiert wird. Man hätte das schon so machen können und im November 2012 hätten Sie das nicht mal gemerkt, und man hätte es durchgewunken, weil es sowieso billiger geworden wäre als die vorherige Regelung. Es spricht für den Gemeinderat, dass er in diesem Punkt wirklich sehr vorsichtig budgetiert hat und wir möchten ihn dafür nicht bestrafen. Wir werden dieser befristeten Aufstockung zustimmen und hoffen, dass sie auch wieder rückgängig gemacht werden kann, wenn sich diese ganze Sache soweit konsolidiert hat.

ER Markus Anderegg (FDP)

Auch wir in der FDP haben diese Vorlage angeschaut, durchdiskutiert und haben doch etwas Mühe. Wir sind eigentlich nicht grundsätzlich der Meinung, dass diese Fakten hier vorliegen. Wir haben in der Budgetberatung in der letzten Sitzung uns beklagt über die Kosten, die uns davonlaufen und schon haben wir wieder Stellenprozente, die erhöht werden sollten. Das finden wir steht jetzt etwas schräg in der Landschaft. Dann ist die Befristung dieser Stellenprozente für uns natürlich in der Regel so, dass das bleibt und garantiert nicht mehr zurückgefahren wird. Es ist so der Dinge Lauf in der Welt, wie das so dann geschieht, weil man braucht's ja dann einfach. Da haben wir grosse Fragen dahinter, dass diese Stellenprozente dann natürlich nicht mehr reduziert werden, selbst wenn es 2015 oder vorher zu einer Entlastung kommen könnte. Weiter haben wir mit Erstaunen festgestellt, dass auf der letzten Seite kurz vor dem Antrag wortwörtlich steht: „Eine Minderheit des Gemeinderates ist der Ansicht, dass eine Aufstockung der Pensen nur teilweise oder nicht nötig ist, da sich der Zuwachs weiterer Mandate stabilisieren und damit der Arbeitsaufwand normalisieren wird.“ Ich nehme mal an, dass die Minderheit mindestens 2 oder 2 ½ waren und das ist auch wieder so ein Punkt, der uns etwas fraglich stimmt und ich hier sagen müsste, wenn der Gemeinderat da schon nicht wirklich einer Meinung ist, warum sollen wir dem zustimmen. Der langen Rede kurzer Sinn. Wir würden plädieren, dass der Gemeinderat die Sache mal zurückstellt, bis sich die Zahlen wirklich erhärtet haben und es keinen Ausweg mehr gibt und dann diese Stellenprozente aufgestockt werden müssten. Wenn das nicht der Fall ist, dann würden wir die Vorlage ablehnen.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich kann mich meinem Vorredner ER Markus Anderegg (FDP) anschliessen. In Anbetracht der finanziellen Situation der Gemeinde müssen wir auf die Pensenerhöhung verzichten. Wir sollten abwarten, wie sich die Situation entwickelt. Das momentane Problem sollte mit Überstunden ausgeglichen werden und in den nächsten ein bis zwei Jahren nochmals neu über die Bücher gehen und die ganze Situation neu beurteilen. Auch wir im privaten Sektor müssen solche Situationen mit Überstunden oder anderen Mitteln abfedern und abwarten, bis sich die Situation wieder normalisiert



hat. Wenn es sich anders entwickelt, können wir nochmals darüber diskutieren. Auch wir sind für Ablehnung dieser Vorlage.

ER Marcel Stettler (CVP)

Auch die CVP-Fraktion hat den Bericht und Antrag durchgeprüft und diskutiert. Wir sind der gleichen Meinung wie meine Vorredner, dass diese Pensenerhöhung derzeit nicht unbedingt getätigt werden müsste. Anlässlich der steigenden Kosten in diesen Bereichen stellt sich uns hier ein wenig die Frage, ob das nicht ein erster Massnahmenschritt wäre, die Kosten ein wenig zu senken bzw. im Griff zu behalten. Die CVP-Fraktion wird trotz des bewilligten Stellenplanes diesen Antrag ablehnen.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Es war von Anfang an klar als wir letztes Jahr darüber abgestimmt haben, dass die Stellen relativ knapp bemessen sind und schon damals hiess es ja auch, wir werden zusehen, wie sich die Zahlen entwickeln. Jetzt haben wir fast ein Jahr zugeesehen und man sieht, dass es relativ aufwändig ist und der Zeitpunkt nun gekommen ist um hier zu reagieren. Ich verstehe jetzt nicht ganz, dass man jetzt doch nochmals warten will! Es steht meiner Meinung nach auch etwas schräg da, wenn man im Stellenplan dieser Erhöhung zustimmt und es dann doch wieder ablehnen will. Zudem ist diese Pensenerhöhung befristet. Der Antrag ist so formuliert d.h. wenn diese Pensenerhöhung länger gebraucht wird, dann braucht es einen neuen Antrag. Ausserdem glaube ich nicht, dass wir gespart haben, wenn viele Überstunden anfallen. Überstunden sind Stress und Stress macht krank und ich glaube, das ist gar nicht wirtschaftlich. Wir werden Eintreten und den Anträgen zustimmen.

Gemeinderätin Franziska Brenn

Ich habe vor einem Jahr gesagt, dass wir die Stellenpensen sehr sorgfältig anpassen werden. Der Kreis hat sich extrem vergrössert von 10'000 auf 27'500. Diese Kosten werden solidarisch von allen Gemeinden getragen. Die neuen Kosten würden die Gemeinde etwa Fr. 13'500.00 ausmachen. Es ist wirklich eine extreme Situation. Es ist eine belastende Arbeit und es ist jetzt einfach dringend notwendig. Ich könnte auch mit 10 anderen Stellen vergleichen. Wir wären trotzdem die Gemeinde mit der höchsten Fallbelastung. Bitte sehen Sie das! Wenn plötzlich viele neue Schulkinder in Neuhausen sind, dann sagen wir auch nicht, spielt ja keine Rolle und wir machen keine Änderungen. Es ist doch einfach logisch, wenn es viel Arbeit gibt, dann muss man das anpassen. Das wäre ein ganz schlechtes Zeichen für die Berufsbeistandschaft, wenn Sie das ablehnen würden. Ich bitte Sie wirklich, uns die Chance für die nächsten 15 Monate zu geben. Dann muss man sowieso wieder über die Bücher und dann wird auch definitiv darüber abgestimmt. Wenn wir uns im Gemeinderat halt nicht immer ganz einig sind, dann gehört das zu einer Exekutive.

Keine Detailberatung.

Anträge:

1. Die Pensen bei der Berufsbeistandschaft werden per 1. Januar 2014 von 370 auf 420 Stellenprozente aufgestockt.

Der Antrag wird mit 8 : 10 Stimmen abgelehnt.



2. Die Aufstockung ist befristet bis 30. September 2015.

Dieser Antrag erübrigt sich, aufgrund der Ablehnung von Punkt 1.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 4 Gewährung Kaufrecht für GB 571

Wird von der Traktandenliste gestrichen und auf die nächste Sitzung im Januar 2014 verschoben.



TRAKTANDUM 5 Interpellation Lenz Furrer (ÖBS): Erhalt von schützenswerten Hecken

Beantwortung:

Gemeinderat Ruedi Meier

Nachdem, seit Einreichung der Interpellation die Neuhauser Hecken verschiedentliche Male, wenn auch etwas einseitig geprägt, durch die Medien gegangen sind bin ich froh nun nachfolgend darauf antworten zu können.

Zwei Vorbemerkungen möchte ich machen.

Ich empfinde es eigenartig, wenn eine parlamentarische Anfrage vor Beantwortung im Parlament breit in den Medien diskutiert wird. Daher hab ich mich zurückgehalten auf die verschiedenen Aussagen zu Antworten auch wenn ich etwas dazu zu sagen habe. Ich stelle mich auf den Standpunkt, dass wenn der Weg einer Frage über das Parlament gewählt wird wie hier bei dieser Interpellation, dass auch die Antwort dazu den gleichen Weg nehmen soll, also zuerst ins Parlament kommt.

Die zweite Vorbemerkung ist vielleicht nicht ganz so ernst gemeint, bietet sich aber geradezu an. Es ist ein Wortspiel: Zwischendurch war ich mir nicht so ganz sicher ob es ums Hecken schützen ging oder um Heckenschützen.

Bei den, in der Interpellation „Erhalt von schützenswerten Hecken“ von Einwohnerrat Lenz Furrer und Einwohnerratspräsident Urs Hinnen erwähnten Hecken, handelt es sich um Wald im Sinne der Forstgesetzgebung (Waldfeststellung vom 6. März 2013). Daher verwende ich folgerichtig den Begriff „Waldrand mit heckenartigen Strukturen“. Die Waldgrenze verläuft unmittelbar entlang der Hardstrasse. Infolge fehlender Pflege und Mischregulierung in der Tiefe des besagten Waldrandes mit heckenartigen Strukturen, hatte sich eine hohe und bis an den Strassenrand reichende, dichte Baum- und Strauchschicht gebildet. Um die Befahrbarkeit und Sicherheit an der Hardstrasse weiterhin zu gewährleisten und zudem langfristig die heckenartige Waldrandstruktur zu erhalten, wurde der erwähnte Pflegeeingriff vom Gemeindeförster geplant. Der Eingriff wurde vor der Ausführung mit dem Kreisforstmeister und mit mir besprochen. Die Anwohner wurden vorgängig über das Zurückschneiden schriftlich informiert.

Im Zeitraum vom 13. März bis 15. März 2013 wurde ein Grossteil des Waldrandes mit heckenartiger Struktur auf Stock gesetzt, das heisst, ebenerdig abgeschnitten.

In der Folge habe ich zwei Leserbriefe wahrgenommen, wobei der eine in zwei Zeitungen abgedruckt wurde. Zudem sind bei mir zwei Reklamationen per Email eingegangen, auf die ich ebenfalls per Email am 26.03.2013 geantwortet habe.

Nach Erhalt der Reklamationen habe ich zusammen mit dem Förster, den zugegebenermassen starken Eingriff inspiziert und Massnahmen besprochen um zukünftig solch starke Eingriffe möglichst zu vermeiden.

Nun zu den Fragen der Interpellanten:

Frage 1:

Was ist der Grund dafür, dass die Hecke nun plötzlich dem Erdboden gleich gemacht wurde, nachdem es bis anhin möglich war, diese gegen die Strasse jeweils gezielt zurückzuschneiden, um die ungehinderte Durchfahrt von grösseren Fahrzeugen zu gewährleisten? Diese Frage stellt sich insbesondere darum, weil der Gesetzgeber ausdrücklich festhält, dass eine Beeinträchtigung der Hecke zu vermeiden ist und nötige Eingriffe unter bestmöglicher Schonung zu erfolgen haben.



Antwort:

Es handelt sich beim besagten Waldrand mit heckenartiger Struktur um Wald im Sinne der Forstgesetzgebung. Daher sind die in der Interpellation zitierten Gesetze (Bundesgesetz über den Natur und Heimatschutz und das Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht) nicht anwendbar. Zudem, ob Hecke oder Waldrand mit heckenartiger Struktur, beides benötigt Pflege, sonst werden sie zu Wald. Heckenpflege auch im Sinne des Naturschutzes besteht darin, dass die Hecke alle paar Jahre „auf Stock gesetzt wird“. Das heisst, wie bereits erwähnt, die Hecken werden über dem Boden abgeschnitten. Damit wird gewährleistet, dass weder grosse Einzelbäume entstehen noch Nadelhölzer aufkommen, die beide keine Heckenpflanzen sind. Insbesondere bei Waldrand mit heckenartiger Struktur ist die Stocksetzung wichtig, da sonst die Waldbäume die Heckengewächse innert weniger Jahre verdrängen. Bei einer Hecke die eben nicht am Waldrand steht, ist diese Gefahr um einiges kleiner. Anzumerken wäre noch, dass der in der Interpellation erwähnte, als gefährdet bezeichnete Nierenfleckfalter, eine von mehreren Arten ist, die wie richtig zitiert wurde, auf Schlehen angewiesen sind. Im Standardwerk „Tagfalter und ihre Lebensräume“ wird aber im weiteren angegeben, die Art sei „überall in der Schweiz in tieferen Lagen verbreitet“ leide aber „unter der sinnlosen Abholzung von Schlehenhecken“. Wie bereits ausgeführt, ist der Heckenschnitt nicht das Gleiche wie das Abholzen von Hecken.

Frage 2:

Ist der Gemeinderat bereit dafür zu sorgen, dass die Hecke an Ort und Stelle wieder hergestellt wird, unter anderem durch Pflanzung von Schlehenbüschen?

Antwort:

Ja, der Gemeinderat ist bereit zu sorgen, dass die Hecke an Ort und Stelle wiederhergestellt wird. Nur in der Art wie, unterscheiden sich unsere Vorstellungen. Der Gemeinderat will nicht Hand anlegen lassen, sondern lässt die Natur arbeiten. Will ihr den freien Lauf lassen. (Ein Rückschluss auf die Arbeitsweise des Gemeinderates an sich bei andern Geschäften ist unstatthaft). Ein Augenschein vor 2 Wochen nach Erhalt der Interpellation (13. November 2013, 16.30 Uhr) vom Forstreferenten hat ergeben, dass im gesamten Gebiet, insbesondere die Schlehen in grosser Anzahl nachwachsen. Teilweise sind sie bereits innerhalb der vergangenen 8 Monate auf die Höhe von 1 m 70 cm nachgewachsen. Die Forderung von Bepflanzung von Schlehenbüschen ist daher geradezu grotesk. Gerne bin ich bereit gemeinsam mit den Interpellanten vor Ort eine Begehung zu machen, damit sie sich selbst von diesem Umstand überzeugen können.

Frage 3:

Falls dies nicht möglich sein sollte: Ist der Gemeinderat bereit, für einen angemessenen Ersatz durch eine qualitativ gleichwertige Pflanzung an einem anderen Ort zu sorgen?

Antwort:

Diese Frage erübrigt sich meiner Meinung nach bzw. lautet Nein.

Frage 4:

Besteht ein Inventar von Hecken als Schutzobjekten?

Antwort:

Es besteht kein Inventar von Hecken, aber einzelne Hecken sind Bestandteil des Naturschutz-Inventars.

Frage 5:

Wenn nein: Ist der Gemeinderat bereit, ein solches zu erstellen und für einen umfassenden Schutz dieser Objekte zu sorgen?



Antwort:

Der Gemeinderat sieht keinen Sinn im Erstellen eines Inventars von Hecken als Schutzobjekt. Da Hecken, wie von den Interpellanten richtig ausgeführt, bereits unter Naturschutz stehen. Im Weiteren möchte ich auf den Widerspruch bei der Forderung um umfassenden Schutz der Hecken hinweisen. Was muss ich jetzt unter umfassendem Schutz verstehen? Meinen die Interpellanten, dass Hecken oder eben Waldränder mit heckenartigen Strukturen nicht zurückgeschnitten beziehungsweise auf Stock gesetzt werden und somit Verwalden sollen? Oder, dass sie so wie geschehen eben doch auf Stock gesetzt werden, damit sie sich verjüngen und eben heckenartig bleiben? Die Interpellanten wissen es.

Abschliessend möchte ich noch transparent machen, was für Massnahmen wir nach der Begehung mit dem Förster im März 2013 zur Vermeidung solch starker Eingriffe beschlossen haben.

Zukünftig wird entlang der Hardstrasse in der Tiefe von 1,5 m die Vegetation tiefgehalten um dahinter einen artenreichen, ökologisch wertvollen heckenartigen Waldrand aufkommen zu lassen, der in regelmässigen Abständen gepflegt und ausgelichtet wird, damit zukünftig solch sollten Eingriffe nicht mehr nötig sein sollten.

Insofern hoffe ich, zu dem von den Interpellanten und ihren nahestehenden Personen gewünschten "Erhalt von schützenswerten Hecken" beigetragen zu haben.

Eine Anmerkung sei mir noch erlaubt. Was mich irritiert hat, ist der Zeitpunkt der Einreichung der Interpellation. Ich hätte vollstes Verständnis für diese Interpellation, wenn sie zeitnah zum Eingriff erfolgt wäre. Auch ich habe den Eingriff bei der Begehung im März, als ausserordentlich stark wahrgenommen. Aber bei meiner Begehung im November hat mich der Anblick der nachgewachsenen Natur sehr gefreut. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass die Sträucher innert der letzten rund 3 Wochen, zwischen Erhalt der Interpellation und meinem Augenschein, so stark gewachsen sind.

ER-Präsident Urs Hinnen (ÖBS)

Ist der Interpellant mit der Beantwortung der Fragen zufrieden?

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Danke für die Beantwortung der Fragen. Der Zeitpunkt der Interpellation hat damit zu tun, dass es im März eine grosse Fülle gab von Interpellationen und ich versucht habe, die Traktandenliste nicht zu überfüllen. Herzlichen Dank.

Diskussion:

ER Arnold Isliker (SVP)

Die Förster in unseren Breitengraden sind wahrlich nicht zu beneiden. Wachsen die Büsche über Strassenborde fragen die einen, werden sie zurückgeschritten, kommen ihnen die Besserwisser auf die Fährte. Schliesslich haben die Förster eine Grundausbildung und sie wissen, was zu verantworten ist. Ökologisch ist da oben rein gar nichts passiert, wie es der Referent ausführlich geschildert hat. Es wurden keine Wurzeln entfernt oder ausgerissen. Wie Sie feststellen, wachsen die Büsche wieder und in ein zwei Jahren ist der alte Zustand wieder erreicht. Das gleiche können Sie im Übrigen auch im Chlaffental feststellen. Eine Neupflanzung erübrigt sich deshalb. Betreffend



der Faltenarten muss man sich keine Gedanken machen. Verhält es sich wie in Zürich, suchen sich die Tiere einen anderen Lebensraum wo es passend ist zu leben. Auch unser Oberförster findet es absurd, wenn sich gewisse Exponenten als Sachverständige outen. Unsererseits meinen wir, dass solche Interpellationen im Gemeinderat unnötig sind und nur Kosten verursachen. Lassen wir die Natur walten.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 6 Bericht und Antrag betreffend Mobilfunkantennen (Fristerstreckung)

Eintretensdebatte:

ER August Hafner (SP)

Die Volksmotion "Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk" dümpelt seit mehr als acht Jahren als pendentes Geschäft auf der Traktandenliste des Einwohnerrates, und einmal mehr beantragt der Gemeinderat eine Fristerstreckung um weitere zwei Jahre. Die SP-Fraktion wird einer solch langen Fristerstreckung nicht zustimmen und beantragen, die Frist sei nur bis zum 30. Juni 2014 zu verlängern. Dies aus folgenden Gründen:

In den acht Jahren seit der Einreichung der Volksmotion ist die Zeit nicht stehen geblieben. Inzwischen ist das Neuhauser Gemeindegebiet mobilfunkmässig vollständig abgedeckt. Ein Blick in den Standortplan des Bundesamtes für Kommunikation zeigt, dass in Neuhausen 20 Natelantennen mit Mehrfachnutzung verschiedener Anbieter stehen. Die Antennen sind über alle Zonen verteilt. Eine Gesamtplanung ist darum heute – abgesehen von den damit verbundenen rechtlichen Schwierigkeiten – gar nicht mehr möglich, ja völlig sinnlos geworden. Das Ziel der Volksmotion ist unerreichbar geworden. Das mag man bedauern oder auch nicht – es ist einfach so!

Mit einer weiteren Fristerstreckung um zwei Jahre werden bloss unrealistische Erwartungen künstlich am Leben gehalten. Der Gemeinderat sollte nun aufhören, den Volksmotionären weiterhin Sand in die Augen zu streuen und endlich den Mut haben, diese unergiebig Übung zu beenden. Und wir Einwohnerräte müssen dann den Mut haben, dem Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend die Abschreibung der Volksmotion wegen Unerfüllbarkeit zuzustimmen. Es kann dem Gemeinderat zugemutet werden, dem Einwohnerrat einen solchen Bericht und Antrag innerhalb eines halben Jahres, d.h. bis Ende Juni 2014 vorzulegen.

ER Markus Anderegg (FDP)

Natürlich, wir können das alles nachvollziehen und finden es auch in diese Richtung eine etwas lange Zeit, die jetzt verstrichen ist, wie jetzt ER August Hafner (SP) alles so genau geschildert und auch nachvollziehbar. Nur haben wir in unserer Fraktion diskutiert, es war damals die erste Volksmotion und eigentlich wollte der Gemeinderat die im Jahre 2007 als erledigt abschreiben und wir haben mit 19 : 0 dagegen gestimmt. Das hat der Einwohnerrat damals beschlossen. Ich finde es jetzt etwas schade. Es kommt nun auch nicht mehr drauf an, wenn wir es jetzt etwas verlängern, weil wenn wir ausgerechnet die erste Volksmotion so sang und klanglos beerdigen, sieht das auch etwas komisch aus gegenüber dem Volk. Ich bitte Sie, im Sinne dessen diesem Antrag zuzustimmen. Wir haben ja etwas Pech gehabt mit der Bau- und Zonenordnung, denn das war ja eigentlich das Ziel, denn dann hätten wir diesem Volkswillen, der mit Unterschriften zu Stande gekommen ist, erledigen können mit der neuen Bau- und Zonenordnung, die diese Bestimmung geregelt hätte. Wir haben diese Sache hat jetzt viel länger gedauert und da ist nicht die Gemeinde Neuhausen Schuld sondern eigentlich der Kanton aber auch nicht in diesem Sinne der Kanton, sondern die Harmonisierung der Baubegriffe. Darum hat sich die ganze Geschichte herausgezögert. Wir in der FDP sind der Meinung, dass wir das Ganze nochmals verlängern und hoffen dann, dass die neue Bau- und Zonenordnung in dieser Restzeit dann auch in Kraft tritt und dann können wir diese Motion entsprechend dem Volkswillen beantworten und abschreiben.



ER Arnold Isliker (SVP)

ER Markus Anderegg (FDP) es gibt keine Lösung. Wir können nicht mehr auf das Natel etc. verzichten. Eigentlich wollten wir von der SVP aus die Motion sofort abschreiben. Wir können uns dem Antrag von ER August Hafner (SP) anschliessen und würden auch so abstimmen und die Volksmotion bis zum 30. Juni 2014 verlängern und dem Gemeinderat die Gelegenheit geben, sich dazu nochmals zu äussern. Die Situation wird sich im Mobilfunkantennensalat nicht verbessern und es ist so wie es ist. Wir wollen und können auf das mobile Internet etc. nicht verzichten. Deshalb werden wir uns dem Antrag der SP anschliessen.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Auch wir glauben nicht, dass es sich lohnt, noch auf die Revision zu warten. Ich glaube es steht im Antrag sogar deutlich gut drinnen, dass da wenig Hoffnung besteht, dass ein inhaltlich verzweifelnder Antrag folgen wird. Auch wir wollen uns dem Antrag der SP anschliessen und bitten den Gemeinderat um einen Bericht und Antrag, der es uns erlaubt, die Motion abzuschreiben. Wir selber als Einwohnerrat können diese Motion nicht abschreiben, da es sich nicht um eine einwohnerrätliche Motion handelt sondern um eine Volksmotion.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Die Fraktion der CVP war auch überhaupt nicht erfreut über die erneute Fristerstreckung betreffend die Mobilfunkantennen. Den Vorschlag der SP, dass innerhalb eines halben Jahres der Bericht und Antrag des Gemeinderates kommt und dann das Geschäft abzuschreiben, hat bei mir noch Fragen aufgeworfen. Vielleicht kann mir diese jemand beantworten. Das heisst, dass in Zukunft je nach Bedarf Antennen gestellt werden können? Wenn diese Motion abgeschrieben wird, dann ist es auch nicht im Zonenplan enthalten? Oder?

ER August Hafner (SP)

Kurz zur Beantwortung dieser Frage. Diese Volksmotion hat keinerlei Einfluss auf den rechtlichen Vorgang für die Natelantennen. Wenn neue Natelantennen errichtet werden wollen oder wenn die bestehenden Natelantennen ausgebaut werden möchten mit z.B. stärkeren Antennen, dann braucht es ein Baugesuch. Dieses Baugesuch muss ganz bestimmten Anforderungen entsprechen. Die Telefongesellschaften sind verpflichtet, sog. Standortdatenblätter beizulegen woraus ersichtlich ist, dass die Grenzwerte überall eingehalten sind. Das ist auf Stufe Baugesuch. Dann kommt noch etwas anderes dazu. In bestimmten Zonen schreibt das kantonale Baugesetz vor, vor allem auch in Wohngebieten, dort muss eine eigentliche Standortevaluation durchgeführt werden d.h. der Antennenbetreiber muss nachweisen, dass er aus technischen Gründen die Antenne in eine solche Zone hineinstellen muss, weil es keine anderen Möglichkeiten gibt. Die rechtliche Grundlage ist relativ strikte und ich sehe nicht, was wir hier auf Stufe Zonenplan der Gemeinde Neuhausen noch wirklich substantiell regeln könnten. Schauen Sie sich mal selber die Karte vom BACOM an und dann werden Sie feststellen, die Antennen sind wirklich überall verteilt. Es gibt eigentlich nichts mehr, dass da freigehalten werden könnte mit diesem Zonenplan. Das mag ein niederschmetterndes Ergebnis sein. Die Zeit ist eben vorwärts gegangen. 2005 wäre eher noch die Möglichkeit gewesen, aktiv zu planen, wenn überhaupt. Heute sehe ich da gar keine Möglichkeiten mehr.



ER Rita Flück Hänzli (CVP)

Vielen Dank für Deine Ausführungen, dass Du mich aufgeklärt hast, über mein Unwissen. Mir ist auch klar, dass die Swisscom nicht einfach kommen kann und eine Antenne aufstellen kann, sondern dass das etwas mehr braucht. Wir von der CVP-Fraktion werden dem Antrag der SP folgen.

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Der Gemeinderat ist nicht unerfreut über die heutige Diskussion. Er hätte sich natürlich nicht getraut, nochmals den Antrag zu stellen, die Volksmotion sei abzuschreiben. Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat zweimal klar zu verstehen gegeben, dass er etwas machen soll, obwohl der Gemeinderat stets gesagt hat, es sei nicht umzusetzen. Wir haben also nie jemandem Sand in die Augen gestreut, sondern immer gesagt, es sei nicht umzusetzen. Ich kann das daran beweisen, dass ich praktisch immer den gleichen Text verwendet habe für die Fristerstreckungen. Es ist immer praktisch identisch. Auch die Artikel 10a und Artikel 47a des Baugesetzes, auf denen die SP letztes Mal noch gewisse Hoffnungen gesetzt hat. Die genügen eben nicht für die Handhabung bei dieser Volksmotion. Wenn der Gemeinderat jetzt aufgefordert wird einen Bericht und Antrag zu erstellen, bei dem als Ergebnis die Abschreibung der Volksmotion vorgesehen ist, machen wir das gerne. Der Gemeinderat ist auch bereit, seinen Antrag zugunsten dessen der SP-Fraktion zurückzuziehen. D.h. die Frist sei nur noch bis zum 30. Juni 2014 zu verlängern. Damit können wir leben. Sollten wir das nicht einhalten können wider erwarten, dann können wir immer noch eine kurze Fristerstreckung verlangen. Ich gehe aber davon aus, dass bis dann tatsächlich die Zonen- und Bauordnung vorliegt und da geht auch mein Appell an die Mitglieder des Kantonsrates. Seien Sie mutig und bringen Sie den Kanton Schaffhausen dazu das Konkordat bezüglich IVHB (Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe) zu kündigen. IVHB lässt sich nicht umsetzen! Es gibt einen Kommentar zur IVHB. Der Bericht umfasst etwa 20 Seiten und da gibt es nochmals zu diesen Erklärungen zusätzliche Erklärungen. Das ist nicht einfacher sondern komplizierter geworden. Alle Gemeinden, die zurzeit in der Revision der Bauordnung sind, tun sich äusserst schwer daran. Das was die IVHB vorschlägt ist nicht handlebar. Es wäre eine mutige Tat, wenn da eine Kantonsrätin oder ein Kantonsrat dagegen vorgeht. Grosse Kantone wie Bern, Zürich, Basel und die Waadt sind nicht dabei. So haben wir sowieso keine Einigkeit in der Schweiz. Dann könnte man diese Geschichte ohnehin gleich beerdigen mit einer einfacheren Lösung. ER August Hafner (SP) hat es richtig gesagt, dass es rund 20 Antennen gibt aber er hat eine noch nicht erwähnt. Sie können wahrscheinlich alle im Netz von Dplus telefonieren. Die strahlt irgendwo von Deutschland so hinein, dass ich mit meinem Billighandy über dieses Netz telefonieren kann. Deutschland hat ganz andere starke Antennen wie sie bei uns vorherrschen und insofern ist die Volksmotion in der Zeit überholt. Insofern überholt, dass der Genosse „Trend“ klar für die Natels ist. Wenn wir die Zeitung gelesen haben, haben wir gesehen, dass die Festanschlüsse weiter zurückgegangen sind und die Mobilanschlüsse sind weiterhin am expandieren. Die Welt will offenbar per Mobiltelefon unterhalten sein und immer alles wissen. Gehen Sie mal in den Bus und da sehen Sie, niemand spricht mehr miteinander. Alle haben das Natel vor sich. Das ist einfach ein Fact, der so ist und wir müssen vermutlich auch damit leben. Nicht ganz richtig ist die Aussage von ER Lenz Furrer (ÖBS), dass der Einwohnerrat nicht zuständig sei, um diese Geschäft abzuschreiben. Er hat es auch erst für erheblich erklärt. Erst mit der Erheblicherklärung wird es dem Gemeinderat überwiesen und dieser (der Einwohnerrat) kann sie dann selbstverständlich auch wieder abschreiben. Von dort her ist das von der SP vorgeschlagene Verfahren korrekt und ich bitte Sie namens des Gemeinderates dem Antrag der SP zu folgen.



ER August Hafner (SP)

Man könnte noch mutiger Werden. Aus den Voten in diesem Rat entnehme ich, dass bis auf die FDP, die da noch ein bisschen schwankt, eigentlich alle dafür sind, dass diese Motion erledigt wird. Eben mit einem Bericht bis zum 30. Juni 2014. Man könnte das auch gleich machen. Einen Bericht haben wir und jetzt würde es am Gemeinderat liegen, den Antrag noch abzuändern. Die Fristerstreckung in eine Abschreibung umzuschreiben. Das Geschäft ist traktandiert und die Änderungen von Anträgen sind erlaubt. Das wäre effizientes Arbeiten.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich kann mich an die Sitzung vom Dezember 2009 erinnern als genau ER Arnold Isliker (SVP) diesen Antrag gestellt hat im Sinne eines Weihnachtsgeschenkes für den Gemeinderat. Das war ungefähr seine Formulierung und ich nehme diese Aufforderung natürlich gerne auf. Wenn Sie zuerst über diesen Antrag abstimmen wollen und wenn der keine Mehrheit findet, dann über den Antrag der SP.

Antrag:

Die Volksmotion vom 8. November 2005 „Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk“ sei als erledigt abzuschreiben.

Ich stelle hiermit diesen Antrag.

Keine Detailberatung.

Antrag:

Dier Volksmotion vom 8. November 2005 „Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk“ sei als erledigt abzuschreiben.

Der Antrag wird mit 16 : 2 Stimmen angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich möchte dem Einwohnerrat wirklich sehr herzlich für diese konstruktive Arbeit danken und das ist jetzt wirklich auch ein Sparbeitrag und zur Effizienz in unserer Gemeinde. Besten Dank.



TRAKTANDUM 7 Bericht und Antrag betreffend Verbesserung der Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer (Fristerstreckung)

Eintretensdebatte:

ER Felix Tenger (FDP)

Grundsätzlich bin ich damit einverstanden, dass diese Fristerstreckung gewährt wird. Es ist offensichtlich, dass es verschiedene Interessen gibt, die in einem Haus vereinigt werden müssen. Wahrscheinlich braucht das etwas mehr Zeit. Ich habe trotzdem noch zwei Fragen, die ich gerne geantwortet hätte. Die erste betrifft das Projekt RhyTech. Das ist verdächtig ruhig geworden in der letzten Zeit! Hier würde es mich interessieren, ob das nach wie vor auf Kurs ist? Weil kommunikativ in den letzten Wochen und Monaten nicht mehr sehr viel zu hören war. Das zweite betrifft die Haltestelle resp. die Kreuzung an der Kreuzstrasse. Ich habe vor wenigen Tagen noch Leute vom Baudepartement an der geplanten Haltestelle gesehen und offensichtlich ist das jetzt ins Stocken geraten. Braucht man da wirklich zwei Jahre bis da ein Bericht und Antrag kommt und in welcher Art und Weise wird sich das ungefähr präsentieren? Kann man da ungefähr eine Aussage machen?

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Die erste Frage kann ich wie folgt beantworten. Das Projekt RhyTech Areal und die Änderungen des Zonenplans, die Teilrevision der Bauordnung sowie die Zuweisung gemäss LRV ist beim Regierungsrat eingetroffen und wir hoffen sehr, dass der Regierungsrat noch vor Weihnachten entscheiden kann und dann wird sich zeigen, ob die Rekurrenten den Entscheid akzeptieren oder weiterziehen. Solange die Zonenplanänderung und Bauordnung nicht rechtskräftig sind, kann das Projekt natürlich nicht umgesetzt werden. Die Planung ist aber weiterhin auf Kurs. Im Hintergrund wird weiterhin intensiv gearbeitet und damit komme ich schon zur zweiten Frage. Wir haben in der Zwischenzeit auch mit der Grundeigentümerin eine Einigung gefunden über die Grundeigentümerbeiträge. Da können Sie sich vielleicht erinnern, Sie haben etwa vor 4 bis 5 Jahren einer Änderung dieser Bauordnung zugestimmt, wonach der Gemeinderat eine solche Vereinbarung schliessen darf sofern keine Nachteile entstehen. Das haben wir hier gemacht. Wir werden Sie zur gegebenen Zeit darüber informieren. Ein Teil davon ist auch diese Haltestelle. Der Grundeigentümer muss das Land abgeben zwar im baureifen Zustand. Wenn Sie auf die aktuelle Situation schauen, dann sehen Sie, dort sind zurzeit Garage und es verläuft ein Energiekanal, der teilweise neu gebaut werden muss und es ist natürlich nicht nur eine Verdachtsfläche dort für Altlasten, nein dort hat es Altlasten. Das muss auch saniert werden und das können wir uns, und da spreche ich nun im Namen des Kantons und der Gemeinde, nur leisten, wenn das RhyTech Areal umgesetzt werden kann, sonst kommt diese Haltestelle viel zu teuer. Wäre vermutlich auch nur auf dem Enteignungsweg möglich, denn die Grundeigentümerin RTM will auf ihrem Grundstück zirkulieren können. Parallel dazu werden wir den Langsamverkehr grundsätzlich nochmals anschauen müssen mit dem Rheinflallverkehr. Bekannterweise ist ja das Agglomerationsprojekt mit dem Rheinflallsteg nicht zu realisieren, damit müssen wir auch den Veloverkehr im Rheinflallgebiet neu anschauen. Die Velobrücke im Bereich Enge ist auch gescheitert. Da müssen wir auch schauen, wie wir diesen Verkehr aus dem Rosenbergquartier, Breite, Richtung Beringen bringen. Das ist alles nicht so unproblematisch und das braucht eine gewisse Zeit und deshalb kann ich in diesem Fall auch garantieren, dass ich nicht nochmals eine Fristerstreckung brauche.



ER Renzo Loiudice (SP)

Es muss nicht wiederholt werden, was bereits gesagt wurde. Die SP ist für diese Fristerstreckung, die hier eindeutig Sinn macht. Was hier noch interessant ist, ist dieser Masterplan von Pro Velo. Wir sind für die Fristerstreckung dieser zwei Jahre.

ER Patrick Waibel (SVP)

Die SVP-Fraktion stimmt der Fristerstreckung ebenfalls zu bis 2015. Aufgrund der sich ändernden Haltestelle an der Kreuzstrasse und der eventuelle Durchfahrt mit dem Velo beim RhyTech Areal können sich neue und positive Aspekte ergeben, auf die es sich auf jeden Fall lohnt, zu warten.

ER Marcel Stettler (CVP)

Auch die CVP stimmt der Fristerstreckung zu. Für uns ist klar, es macht wirklich keinen Sinn, dieser Fristerstreckung nicht zuzustimmen, solange keine anderen Aktivitäten beim RhyTech Areal laufen.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich möchte ganz kurz zum Votum der SP Stellung nehmen. Ich war sehr froh über die Qualität der Arbeit der Pro Velo, die man mir zugestellt hat. Ich denke, wir gehen mit Pro Velo durchaus einig, in der Problemanalyse. Wir können leider nicht in diesem Rhythmus, wie die Pro Velo dies angeht die Probleme lösen und ansetzen, aber wir sind natürlich sehr froh, dass wir das auch spüren und sehen, dass wir auch auf dem richtigen Weg sind und eine gewisse Parallelität haben und das Problem erkennen. Der Bereich Rheinhof, Poststrasse, Rheinfallstrasse ist ein ganz schwieriger Bereich. Das ist auch im Agglomerationsprojekt drinnen, aber der wird noch etwas Zeit brauchen und uns nicht ganz billig zu stehen kommen, wenn wir eine gute Lösung machen wollen. Aber ich bin sehr froh, wenn wir in der Gemeinde nun auch solche Unterlagen haben. Herzlichen Dank an Pro Velo für ihre Arbeit.

Keine Detailberatung.

Antrag:

Die Frist zur Vorlage eines Berichts und Antrags an den Einwohnerrat zur Erledigung des Postulats von Einwohnerrat Felix Tenger (FDP) vom 15. November 2012 betreffend Verbesserung der Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer wird bis zum 31. Dezember 2015 verlängert.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 8 Bericht und Antrag betreffend Massnahmenplan zur Umsetzung der kantonalen „Leitlinien Frühe Förderung“ in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall (Fristerstreckung)

Eintretensdebatte:

ER Jakob Walter (parteilos)

Die SP-Fraktion ist für die Fristerstreckung.

ER Felix Tenger (FDP)

Die FDP ist ebenfalls für eine Fristerstreckung. Diese Arbeiten müssen abgewartet werden um gewisse Synergien zu nutzen. Ich bitte einfach den zuständigen Referenten darauf zu achten, wenn dann die Vorlage ausgearbeitet wird, dass die Finanzen sehr knapp sind. Wir haben ja auch jetzt eine Stelle nicht bewilligt, bzw. eine Stellenaufstockung. Ich bitte auch, falls zusätzliche Kosten auf uns zukommen, davon gehe ich aus, dass diese an einem anderen Ort eingespart werden können. Ansonsten wird es die Vorlage in diesem Rat sehr schwer haben.

Keine Detailberatung.

Antrag:

Die Frist zur Vorlage eines Berichts und Antrags an den Einwohnerrat zur Erledigung des Postulats von Einwohnerrat Ruedi Meier (SP) vom 15. Oktober 2012 betreffend Massnahmenplan zur Umsetzung der kantonalen „Leitlinien Frühe Förderung“ in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall wird bis zum 31. Dezember 2014 verlängert.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 9 Wahlen

ER-Präsident Urs Hinnen (ÖBS)

Als Präsident für das Jahr 2014 wird der bisherige Vizepräsident ER Marco Torsello (FDP) vorgeschlagen.

a) der Präsidentin/des Präsidenten für das Jahr 2014

Wahlresultat:

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	18
Maximalstimmen	18
Leere Stimmen	1
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	17
Absolutes Mehr	9
Es hat Stimmen erhalten:	
Marco Torsello	FDP
	17 gewählt

ER-Präsident Urs Hinnen (ÖBS)

Als Vizepräsident für das Jahr 2014 wird ER Arnold Isliker (SVP) von der SVP vorgeschlagen.

b) Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Einwohnerrates für das Jahr 2014

Wahlresultat:

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	18
Maximalstimmen	18
Leere Stimmen	4
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	14
Absolutes Mehr	8
Es haben Stimmen erhalten:	
Arnold Isliker	SVP
	14 gewählt



ER-Präsident Urs Hinnen (ÖBS)

Politisch gesehen war es ein enorm spannendes Jahr, ereignisreich, emotional, die Wogen gingen hoch, zuweilen wurde mit harten Bandagen gekämpft. Da war einerseits das Ringen um das RhyTech-Areal, andererseits der Kampf bis aufs Messer um die Gemeindebeihilfe – ich denke, diese denkwürdigen, hitzigen Gefechte werden uns allen noch lange in Erinnerung bleiben und uns wohl auch weiterhin beschäftigen.

Auch sonst wurden wichtige Entscheide gefällt und Weichen gestellt. Genauer besehen drehte sich alles um zwei für unsere Existenz äusserst wichtige Elemente. Da waren einerseits das Wasser und andererseits die Finanzen. Zuerst zum **Wasser**:

Siedlungsentwässerung: Wir mussten feststellen, dass es bei der Infrastruktur diesbezüglich grossen Erneuerungs- und somit Investitionsbedarf gibt; eigentlich hätte schon bisher einiges mehr getan werden müssen. Da gemäss Gewässerschutzgesetz kostendeckende und verursacherbezogene Gebühren zu erheben sind haben wir uns im Rat zur Verbesserung des Deckungsgrades für eine über die Jahre 2013 bis 2015 abgestufte Gebührenerhöhung für Abwasser entschieden, nachdem eine ER-Kommission nach hitzigen Diskussionen entsprechend vorgespurt hatte.

Mit Wasser zu tun hat auch das Thema *Badi Otterstall*, und zwar ging es diesmal um frisches Wasser, zumindest zu Beginn, wenn man es ins Bad einlässt. Auch bei diesem Geschäft war eine Kommission am Werk. Wir haben dem Projekt mit grosser Mehrheit zugestimmt, und auch die Bevölkerung hat sich im Rahmen des obligatorischen Referendums mehrheitlich für einen neuen Otterstall ausgesprochen. Der Spatenstich ist erfolgt und dem kommenden Sommer dürfen wir mit Freuden entgegen schauen.

Das zweite lebenswichtige Element, mit dem wir uns ausgiebig auseinandergesetzt haben, sind die **Finanzen**. Wir haben uns auch des Langen und Breiten über Budget-Fragen, Abrechnungen, Stellenpläne, Steuern etc., auseinandergesetzt, und im grossen Ganzen konnten wir den Gemeinderat in seinen Überlegungen folgen, was natürlich auch ein Indiz dafür ist, dass der Gemeinderat im Allgemeinen gute Arbeit geleistet hat.

Eine wichtige Weiche haben wir in diesem Zusammenhang anfangs des Jahres, als wir uns für eine *externe Finanz-Kontrollstelle* entschieden haben, und zwar auf Antrag einer Fünfer-Kommission – die eine sehr seriöse Evaluation durchgeführt hatte - für die Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen – was man so hört sind wir bisher damit gut gefahren.

Auch für die *regionale Wirtschaft* - für die Finanzen der Gemeinde ein bedeutender Punkt - haben wir uns eingesetzt, indem wir - erstens am 22. August dem Verkauf eines Grundstücks im Rundbuck zugestimmt haben, verbunden mit der Hoffnung, dass damit vielleicht ein paar neue Arbeitsplätze entstehen. Dafür haben wir alle einen schönen Sommerabend geopfert, womit wir bewiesen haben, dass wir den Gemeinderat gerne unterstützen, wenn er wieder einmal das grosse Geschäft wittert. Zweitens haben an der letzten Sitzung dafür gesorgt – wenn auch die einen zähneknirschend – dass Neuhausen für die ansässigen Firmen ein Steuerparadies bleibt.

Den Finanzen zum Opfer gefallen ist leider der ÖV, genauer gesagt die Linie 7. Leider kommt es mit dem Entscheid vom 2. Mai im Bereich des ÖV' zu einem Abbau, was die einen schmerzlich treffen wird, wenn diese Linie in den nächsten Tagen eingestellt wird.

Mit den *Sitzungsgeldern* ist es vermutlich nicht so schlimm gekommen. Am Anfang des Jahres bestand die Befürchtung, dass es die Gemeinde wohl mehr Sitzungsgelder kosten wird, wenn der



Hinnen die Präsidentschaft übernehmen muss, weil das nicht mehr so zackig zu und her gehen wird wie bei seinem jugendlich frischen Vorgänger. Aber so wie es aussieht, werden die Gemeindefinanzen wegen meiner Ratsführung nicht ungebührlich in Schieflage gebracht - dem Umstand sei Dank, dass wir eine Sitzung – die vom September – ausfallen liessen und überdies den Reservetermin vom Juni nicht beansprucht haben!

Nun, ab nächstem Jahr wird wieder ein frischer Wind wehen, mit einem richtigen Jungspund als Ratspräsident. Er hätte vielleicht noch etwas frischer geweht, wenn der sich der Rat mit dem Trottentheater mit seiner leistungsstarken Lüftung hätte entscheiden können. Die Absage an das Trottentheater mit seiner schönen Bar finde ich eigentlich schade; ich denke, wir hätten den Ort schon noch etwas attraktivieren können – so wie wir es ja auch erfolgreich mit unserem Ortszentrum gemacht haben - zum Beispiel dadurch, dass wir während den Sitzungen einen durchgängigen Barbetrieb organisiert hätten.

So oder so denke ich, es gibt Grund zur Hoffnung, dass nächstes Jahr alles noch besser kommt. So schlägt mein grünes Herz um einiges höher, wenn es zum Beispiel hört, dass ernsthafte Absichten bestehen, mittels Wärmeverbund in diversen Bereichen der Gemeinde einen rechten Schritt vorwärts zu machen mit einer nachhaltigeren Energieversorgung in Neuhausen.

Ich danke allen für die Kooperationsbereitschaft und die Geduld, die ihr mir im Lauf dieses Jahres entgegen gebracht habt. Und ich wünsche dem neuen Präsidenten viel Erfolg für das kommende Präsidentschaftsjahr – ich denke, auf Grund seiner Profession sollte es ihm nicht schwer fallen, einen solchen wilden Haufen, wie wir es sind, unter Kontrolle zu behalten.

Wir treffen uns zur nächsten Einwohnerratssitzung im neuen Jahr unter neuer Führung am 23. Januar 2014 wieder in den alten Räumlichkeiten, in der Aula in der Rhyfallhalle. Ich bedanke mich für das aktive Mitmachen und wünsche allen einen schönen Abend und frohe Weihnachtstage. Die Sitzung ist somit geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Urs Hinnen
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin